

# Sachsen-Zeitung

1921 Nr. 372

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Bezugspreis: Ein vierteljährlicher Postmonatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 2,25, halbjährlich Mk. 4,00, jährlich Mk. 7,50. Durch die Post bezogen halbjährlich Postl. 4,00, jährlich Postl. 7,50. Einzelhefte halbes Jahr: Leipzig Straße 61/62, fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 16. August

Anzeigenpreis: Die Zeile, 24 mm breit, 10 mm hoch, 60 A. Die Spalte, 90 mm breit, 10 mm hoch, 120 A. Bekanntmachung, 100 A. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, fernruf Amt Kurier Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlags- und Druckerei Otto Uehle, Halle-Saale

## Reichskabinetts und Pariser Beschlüsse

### Die Tagung des Kabinetts — Einberufung des Auswärtigen Ausschusses — Ein Aufruf der Reichsregierung an die Oberösterreicher? — Besprechungen mit den Parteiführern noch in dieser Woche — Keine vorzeitige Tagung des Reichstags

Die Note der Entente hat für das Kabinetts einen Verhandlungsuntergrund geschaffen. Nach der Drohmeldung unversöhnlicher Oberösterreicher ist in einer ersten nachmittäglichen Sitzung innerhalb des Kabinetts Stellung zu der neuen Lage genommen worden:

h. Berlin, 15. August.

Die am Sonnabend abgeordnete Beratung des Reichskabinetts wurde heute nachmittags fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stand die oberösterreichische Frage. Das Reichskabinetts stellte sich über die aus der Note der Entente zu ziehenden Folgerungen schlicht. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung, entsprechend den Wünschen des Obersten Rates, einen Aufruf an die Bevölkerung im Reich, insbesondere aber an die Einwohner Oberösterreichs richten wird, die Ruhe zu wahren und geduldig die endgültige Entscheidung über die Oberösterreich abzuwarten.

Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hatte heute vormittag mit dem Reichskanzler eine eingehende Besprechung über die Gesamtlage, sowie über die zur Erleichterung stehenden Einzelfragen. Besonders war Oberösterreich Gegenstand der Besprechung. Wie wir hören, ergab die Besprechung, daß in den zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüggemann, dem Reichspräsidenten Ebert und dem stellvertretenden Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses Abgeordneten Müller-Franken getroffenen Vereinbarungen keine Veränderung notwendig erscheint.

Der nächste wichtige Punkt des Reichstages wird heute dieser Woche zusammenzutreten. Der Tag ist noch nicht festgesetzt. Dem auswärtigen Aufruf werden Reichskanzler und Reichspräsident einen ausführlichen Nachdruck beilegen. Er wird über die gesamte außenpolitische Situation, besonders aber über

den Stand der oberösterreichischen Frage erläutern. Der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses werden Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern vorausgehen, zu denen die Einladungen bereits ergangen sind. Auch diese Besprechungen werden hauptsächlich der Information dienen. In eine vorzeitige Einberufung des Reichstages wird infolge des Beschlusses des Obersten Rates, die oberösterreichische Frage dem Völkerverband zu unterbreiten, nicht gedacht.

### Die Lage in Oberösterreich

h. Berlin, 15. August.

Nach den hier vorliegenden Nachrichten ist zur Stunde in Oberösterreich alles ruhig, trotz des großen Gefühls der Enttäuschung, das die weitere Vernaufhebung der Einberufung über Oberösterreich in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen hat. Bis zum 8. August war allerdings die Gefahr eines neuen polnischen Aufstandes sehr groß. Der für diesen Tag als Einleitung der neuen Aktion geplante Generalstreik ist jedoch vor allem an der Stimmungslosigkeit der polnischen Bevölkerung gescheitert. Der Gefahr eines neuen Aufstandes liegt also weniger bei der Masse der polnisch geistigen Oberösterreicher, als vielmehr bei den noch amtierenden polnischen Aufstandsbehörden, die angeblich nur Liquidationszwecke dienen sollen. In Wirklichkeit zielt aber ihre Tätigkeit dahin, durch lokale Zwischenfälle die deutsche Bevölkerung zu provozieren und zu Unruhenanlässen zu verleiten. Derzeit hat man aber die Absichten der polnischen Aufstandsbehörden durchschaut. Alle deutschen Stellen sind bemüht, die Bevölkerung zur Ruhe zu ermahnen, damit derartige polnische Pläne zum Scheitern kommen. Zur Beruhigung der Bevölkerung wird auch beitragen, daß die deutsche Regierung nach morgen ab die Erwerblosenfrage in Oberösterreich in Kraft setzt. Die deutsche Regierung tut also alles, um die oberösterreichische Bevölkerung zu halten.

Es geschieht ein Verbrechen, wie es ein solches seit dem Anfang der Welt nicht gegeben hat; ein Götzein von Verbrechen ermordet ein großes Volk, und alle anderen Völker müssen sich die Hände über dem Kopf verdecken. Man kann die Grauen der Verbrechen nicht beschreiben. Der Hunger ist der Dolch in Händen der Völkerverbände. Sie brauchen den Hunger wie die Mörder den Dolch. Sie halten sich bloß durch den Hunger. Sie mordeten, schändeten und herrschten durch den Hunger. Sie geben ihren Reuten zu essen und halten alle anderen an der Grenze des Hungertodes, um man einen Osefen mittels des Eisenerzes füttern, den man ihm durch die Nase gegeben hat. — Das ist das ganze Geheimnis ihrer Gewalt. Darum werden sie auf den Hunger als auf das Werkzeug ihrer Macht nicht verzichten. — Mereschkowski schließt mit den Worten: Bereiten Sie, Herr Hauptmann, wenn meine Worte zu spät sind, ich hoffe Ihnen das alles zu sagen, weil ich an das große Herz des großen Künstlers glaube.

### Beamte öffnet die Augen!

Ein Barzart in letzter Stunde.  
Von H. K. Kichhöfel, M. D.

Dieser Tage findet der Bundestag des Deutschen Völkerverbandes statt. Dam ist es sich entscheiden, ob es den Verschleierungs- und Verschleierungsmaßnahmen des Pressekreises des DVB, des früheren Ministerialrats Falkenberg, gelungen ist, die Masse der deutschen Beamenschaft so zu täuschen, daß sie über den Leipziger Vertrag, den der Vorstand des DVB, mit dem Allgemeinen Deutschen Völkerverband abgeschlossen hat, in das marxiistische, Klassenkämpferische Lager abwandern wird.

Im Reich hat es Herr Falkenberg nicht fehlen lassen. Die einzelnen Nummern der „Gemeinschaft“, in der Falkenberg als Wochenheft die Meinung der Beamtenmassen lenkt, bilden eine ununterbrochene Kette, die den DVB, an den A. D. G. V. fesseln will. Gewiß, Herr Falkenberg hat nicht offen und ehrlich sein letztes Ziel entpuppt. Das wäre ihm als Dummheit erschienen; denn er ist wissenschaftlich genug gefaselt, um zu wissen, daß nur die durchdringende Kritik es ermöglichen kann, die deutsche Beamenschaft der Sozialdemokratie zu überantworten. Auf seiner Seite ist aber die Hoffnung, daß steter Tropfen den Stein höhlt und daß der Tag kommen wird, auf den sein toller Meister Regien vor zwei Jahren hingewiesen hat: die deutsche Beamenschaft ist politisch reif für die sozialdemokratische Völkerverbandsbewegung!

Weniger gerissen sind — glücklicherweise — die unteren Führer. Wie sagen glücklicherweise im Hinblick auf die zur Verfügung stehende Anzahl der Beamten, die politisch und gesellschaftlich gefaselt der Beamtenmassen nicht einen Augenblick im Zweifel über die wahre Absicht des Herrn Falkenberg und seiner Genossen.

In dem Organ der Reichsbeamenschaft der Eisenbahner hat der Beamtenführer längst entpuppt, er zeigte deutlich genug sein marxiistisches Lager. Der Erkenntnisausbruch der Internationalen der Postangestellten, der Ende Juni in Prag tagte, hatte den Schlüssel an die Ministerdemokratie Internationale beschossen. Es ist uns aber sehr fraglich, ob die Mehrheit der deutschen Völkerverbanden mit ihrem Vertreter in Prag, dem Verbandssekretär Benz, einverstanden sind.

Nun kommt die endgültige Entscheidungssitzung, der Bundestag, und die Stimmungsfrage wird größer. Die Beamten, mehrten sich doch schon die Stimmen, besonders unter den Völkerverbanden der mittleren Gehaltsklassen, die sich gegen den Vertrag mit dem A. D. G. V. aussprechen. Auch die Völkerverbandschaft entpuppt darum den Beamtenführer, der ins marxiistische Lager weilt. So ist in Nr. 15 der Zeitschrift „Post und Telegraphie“ eine bemerkenswerte Kritik: Auf verschiedenen Anfragen teilen wir mit, daß der erste Völkerverband des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Kollege Laur, nicht mehr der Zentrumspartei angehört, sondern schon seit einiger Zeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übergetreten ist. Damit glauben wir alle diesbezüglichen Fragen erledigt zu haben und hoffen, daß diese politische Erkenntnis des Führers des Reichsverbandes auch eine Wandlung in Bezug auf die gesellschaftliche Orientierung des gesamten Verbandes herbeiführt, in dem Sinne, daß der Gedanke der freien Völkerverbandschaften in Zukunft weniger auf Widerstand stoßen wird, wie es bisher der Fall war.

Diese Worte werden in ihrer unerbittlichen Nachbarschaft nicht verstanden, die Beamtenführung über das wahre Meinen des starrköpfigen, dem man nicht mit Unrecht wegen seines unverkennbaren Charakters einen Leipziger Vertrag genannt hat, aufzuklären. — Wenn als Vorsitzender des Erkenntnisauschusses der sozialdemokratischen Ministerdemokratie Internationale und Laur als Vorgänger im Frontwechsel sind wenigstens ehrliche Kämpfer, und wir können ihnen nur dankbar sein, daß sie ihren Herrn und Meister Falkenberg durch ihr Tun die heerliche Masse der Neutralität vom Gesicht raffen. Sie irren sich aber, wenn sie glauben,

## Rußlands Ernste- und Umsturznot

### Die Notstunde aus Rußland

Als Kennner der russischen Verhältnisse halte ich es für meine Pflicht, die Frage der von gewisser Seite zugunsten der stärksten Bevölkerung angelegten Sammelhaftigkeit öffentlich Stellung zu nehmen. Ich bin erst im Frühjahr aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, kenne also die Real Lage im Lande des roten Terrorz der Kenntnis. Mein eigener Erfahrungsweg ist sehr lang, daß es schon das ganze Jahr 1920 hindurch seinen Arbeitstendenzen möglich war, bei den Ertragsländern einen Einblick zu leisten. Vom 1. August bis zum 1. September waren damals abgekommen. Aber auch jetzt und auf die folgende fängliche Jahresarbeit reichte nicht aus, die auf den ersten entfallenden Lebensmittelpunkte auskömmlich zu beschaffen. Man sucht sich dadurch zu helfen, daß man nach Abschließung der vorgezeichneten Arbeitszeit (also nach zehn bis zwanzigstündiger anstrengender Tätigkeit) noch freiwillig Arbeiten in der Landwirtschaft ausführt, die wenigstens einige Lebensmittelpunkte, Schmalz oder andere lebenswichtige Dinge zu beschaffen, was damals schon unmöglich. Das wenigste in selbstgeleiteter Wirtschaftsweise vorhanden war nur zu Haupternteernte erhältlich (ein Paar Stiefel kostete z. B. 15 000 Rubel, während der Monatslohn 1200 Rubel betrug). Die schon jetzt 1920 stetig nachlassende Not ist mir also nicht fremd.

Man ist mir über die Darstellung, wie ich sie jetzt las, als ob die Real Lage eine gewisse Zurückgewandtheit wäre, während doch die eigentlichen Ursachen ganz anderer Art sind; der Bauer in weitem Land nicht mehr beschaffen, weil ihm die Ernste doch zu geringem wurde; die Industrie arbeitete nicht, weil sie ohne Unterstützung der Landwirtschaft fastlos war. Denn aber, die trotz der großen Zahl notleidender Völkerverbanden, besonders der korbabhängigen Oberösterreicher, jetzt für die russischen Opfer der Sozialdemokratie noch etwas erwidern zu müssen glauben, würde ich darauf hinweisen, daß es unbedingt nötig ist, sich bei der eine sehr empfindlichen Sammelhaftigkeit zu begünstigen, als die Stelle, der man die Ernste übermitteln, auch in der Lage ist, sie in die richtigen Hände gelangen zu lassen. Schon 1920 herrschte in Rußland überall Hungernot, so daß die Zahl der in großen massenhaften Verbrechen unter der kalten Zusammenbrüche möglich ist. Und doch konnte man im Gegensatz dazu Millionen in prächtigen Pelzen, in Autos und mit Schmalz versehen lassen. Die ersten waren die Sand- und Sparsarbeiter, die letzteren — ihre Führer, die Kommunisten, die unter dem Schutze des roten Terrorz alle Vorrechte einnehmen, wie sie es auch nun den jetzt erwarteten Höchstgehältern tun werden, wenn nicht ganz besondere Mittel angewandt werden, um eine fortpanig Verwaltung zu begründen. Es würde aber den Zweck jeder

Sammlung durchkreuzen, wenn ihre Ergebnisse den Kommunisten zugute kämen und nicht den durch diese und die „System“ zugrunde gerichteten arbeitenden Klassen.

Die Lösung, den Opfern des Kommunismus zu helfen, ist sehr schwierig. Dabei möchte ich aber zu bedenken geben, daß wir solcher Opfer doch genug in eigenen Land haben! Die Folgen der Wirtschaftsunruhen in Mitteldeutschland sind noch nicht beseitigt. Hier gibt es genug Geld zu überleben! Das weiß ich, unsere durch die kommunistischen Verbrechen heimgegangenen Stammesgenossen stehen uns hier, der russische Völkerverband, der mit der Frage der unverschämten Not befaßt ist.

### Der Hunger als Bolschewikenpropaganda

h. Berlin, 15. August.

Corzi mitteilt, daß er Rußland gerade nicht verlassen könne, Corzi mitteilt, daß er Rußland gerade nicht verlassen könne, da dort jeden Augenblick ein Umsturz zu erwarten sei. Er könne sich höchstens auf kurze Zeit zur Erholung nach Finnland begeben.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen gab dem Vertreter des E. L. in Budapest über die Lage in Sowjet-Rußland folgende Erklärungen: „Zuverlässigen Informationen zufolge sind die über Sowjet-Rußland verbreiteten Gerüchte in jeder Hinsicht zu widerlegen, um auf diese Weise das Herz der besser mit Lebensmitteln versehenen Völker zu rühren und Lebensmittel, die Rußland durch Kauf nicht erwerben kann, als Interaktion zu erhalten. Die bolschewistische Propaganda bildet die größte Gefahr für den europäischen Frieden. Die Moskauer Propagandazentrale verfügt über Armeen von mit Geldmitteln reichlich versehenen Agenten, die oft unter dem Deckmantel einer Denkschrift verpackte bolschewistische Propaganda betreiben, die nicht nur die Wiedererlangung des Weltfriedens, sondern auch gewisse wirtschaftliche Störungen, wie z. B. Arbeiterunruhen, verursacht. Mitunter tritt auch die unterirdische Propaganda mit elementarem Gewalt hervor und äußert sich in Verbrechen und Attentaten, wie die jüngsten Verbrechen in Bulgare und Belgien betreffen.“

### Mereschkowski an Gerhart Hauptmann

Der Hunger — ein Dolch in den Händen der Bolschewiken. Der betragende russische Dichter Dimitri Mereschkowski richtete in der Frage der Internationalen Diskussion für Rußland an Gerhart Hauptmann einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Wenn Sie dem russischen Volke die Schlinge um den Hals gleiten, und die anderen Völker Hilfe bei zugehörigen. — Sie man die Käsemetall nicht gestirbt hat, kann man den Millionen der zugrunde gehenden Menschen ebenso wenig helfen wie einem Erhängten, ehe man seinen Hals aus der Schlinge befreit hat ...“

die Masse der Beamten hinter sich zu haben. Das wahre Gesicht des Parteivertrages ist nicht mehr zu übersehen. Der Parteivertrag kann nur ein solches Merkmal finden: die Abhängigkeit kommt er infolge einer geschickten Veranlassungspolitik und einer noch geschickteren Auswahl der Vertreter zu einem anderen Erkenntnis, so wird der D. S. B. aufgehört haben, zu sein.

Wir haben oft genug gewarnt. Die entscheidende Stunde wird aber alle auf christlich-nationalen Boden stehende Beamte bereit finden, die Folgerungen aus dem Treiben Falkenbergs und seiner Genossen zu ziehen. Kann es keine Neutralität in der Beamtenorganisation geben, so beanpruchet für uns die Freiheit, uns einer solchen Gewerkschaftsrichtung anzuschließen, die uns nicht zur Preisgabe unserer Selbstständigkeit zwingt, sondern die in uns das Gefühl fahrt, ein wichtiges Glied in der christlich-deutschen Volksgemeinschaft zu sein.

## Die Verhandlungen mit Irland

Die ganze Aufmerksamkeit in England wendet sich wieder der irischen Frage zu. Es befindet sich, daß der Lord George Gerstle die Briefe de Valera's, welcher ihn von der Pariser Konferenz nach London zurückrief, tatsächlich von größter Wichtigkeit war, und daß die darin aufgeworfenen Fragen von der englischen Regierung eine rasche Lösung fordern. Der Inhalt des Briefes wurde noch nicht bekanntgegeben, doch scheint de Valera in seinem Briefe die volle Unabhängigkeit Irlands gefordert und dafür internationale Garantien verlangt zu haben. Weiterhin erklärt man, daß de Valera die Freilassung der verhafteten Sinnfeiner, etwa 6500 an der Zahl, forderte, von denen sich 3500 in Internierlagern, die anderen 3000 in irischen und englischen Gefängnissen befinden. Die „Morning Post“ meint, es herrsche der allgemeine Eindruck, daß unter den Bedingungen in dem Briefe de Valera's auch die Bezahlung aller Entschädigungsansprüche für Morde, Verwundungen und Verstärkungen in Irland gefordert werde. Das würde eine Entschädigung von etwa 7 Millionen Pfund Sterling ausmachen.

Die gestrigen Montag-Morgenblätter in London veröffentlichten den Text der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland. Danach hat die britische Regierung Irland angeboten, in daselbe Verhältnis zu England zu treten wie die britischen Leberbesiedlungen, das also Irland völlige Autonomie in der Verwaltung, den Staatsfinanzen und der Verwaltung im Innern haben soll. Das Anerbieten ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britische Flotte das Meer zu kontrollieren und daß Irland im Verhältnisse zu den Kosten des britischen Heeres, der Flotte, der Kriegsschiffe und Personen beitragen muß.

De Valera sagte in seiner Erwiderung vom 18. August, daß das Sinnfeiner-Parlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könne und das irische Volk sie nicht annehmen würde, da sie sich widersprächen. Die Vorschläge erkennen Irlands Recht auf Selbstbestimmung an, machen diesen Grundabzug aber unwirksam durch die daraufgehenden Forderungen, die eine unzulässige Einmischung in irische Angelegenheiten bedeuten. Die Antwort wiederum, daß das irische Volk für sich selbst zu wählen, als unannehmbar angenommen werden müßte. Irland sei gleich der kleinen Staaten Europas bereit, seine Unabhängigkeit auf der Grundlage seines moralischen Rechtes zu wagen.

Lord George antwortete auf diese Erwiderung de Valera's am 13. August. Er erklärte, die britische Regierung könnte ein Recht Irlands, sich vom britischen Reiche zu trennen, nicht anerkennen. Auf das nördliche Irland könne kein Antrag ausgestellt werden. Die geographische Lage Irlands mache Irland zu einem unteilbaren Teil des britischen Inselreiches. Lord George fordert de Valera von neuem auf, die Vorschläge der englischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Um einen Druck auf Valera auszuüben, die englischen Vorschläge anzunehmen, hatte Lord George auch den hinduistischen Premierminister Smuts beauftragt, auf Irland einzudringen. Smuts erklärte in einem Briefe an de Valera, daß Lord George Irland völliges Come Back

anbiete, was nur gewissen strategischen Sicherheitsbedingungen im Hinblick auf den irischen Grundbesitz, wie es bei den anderen Dominionen des britischen Reiches der Fall sei. Smuts spricht die Hoffnung aus, daß de Valera die Bedingungen annehmen würde, da eine Ablehnung ihm die Sympathien entfremden würde, die die Saupflicht der irischen Sache geweisen seien. Smuts ist überzeugt, daß keine Lösung auf der Grundlage eines sofortigen Eintritts Irlands in den irischen Staat Erfolg haben würde, da dieser nicht zumittem würde und nicht gewarnt werden könnte. Er gibt daher de Valera den Rat, Warte ab zu lassen, bis es später von selbst zum irischen Staat kommen werde.

In den Friedensverhandlungen zwischen England und Irland ist nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch de Valera eine sehr ernste Lage entstanden. „Daily Chronicle“ zufolge wird in den politischen Kreisen tiefe Enttäuschung über diese Wendung zum Ausdruck gebracht. Warten seien jetzt auf die morgen stattfindende Sitzung des Sinnfeinerparlamentes gerichtet, die für die unmittelbare Zukunft Irlands entscheidend sein werde. Die Zeit für eine Regelung sei noch offen. „Daily Herald“ nimmt an, daß das Sinnfeinerparlament beschließen wird, das Angebot der britischen Regierung dem irischen Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

## Die Aktion der Behalts- und Lohnempfänger

Die Vorschläge der Regierung.

D. Berlin, 18. August.

Nach dem Bedarf der gestrigen Konferenz im Deutschen Reichsverband ist es wenig wahrscheinlich, daß in der bevorstehenden Aktion der Beamtenorganisationen und der gewerkschaftlichen Verbände sich noch eine Einigung erzielen läßt, da die Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsrat zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband, der Centralverein deutscher Gewerkschaften und Staatsbediensteter und dem Deutschen Eisenbahnerverband in die Wege gelegt und wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages nach einer gemeinsamen Sitzung der Regierung ihre Forderungen unterbreiten werden.

Es wird u. a. verlangt, daß die Regierung sich jetzt dafür einsetzt, daß die Auswirkungen des Beschlusses der Beamten und wirklich zugrunde kommen. Die in dem Gesetz vorgesehene Kautionszahlung sind bis heute noch nicht teljes durchgeführt. Ebenso sind die Vorteile, die den Beamten, entsprechend dem Beschlusse der Gewerkschaften, noch nicht allgemein zur Durchföhrung gekommen. Auch die erlassenen Beschlüsse in der Nachbarschaft sind zum Teil seit dem Oktober d. J. nicht zur Ausführung gekommen. Das Reichsfinanzministerium soll nunmehr dafür Sorge tragen, daß den Beamten diese ihnen zuzubehörenden Vorteile möglichst bald berechnet werden. Weiter wird verlangt, daß zur Durchführung dieser und ähnlicher Fälle beim Reichsfinanzministerium eine landesweite Personalbetreuung eingerichtet wird.

Die Regierung bemerkt, wie bereits bekannt, gegenwärtig einen Zeitungsstreik vor, der eine Erhöhung der Zulagen für die im Dienste des Reiches und der Länder stehenden Beamten bewirkt. Demzufolge ist es nicht möglich, die Forderungen der Gewerkschaften, bezogen auf eine Angleichung der Zulagenzulagen und Sinderbehalten an die Ortsklasse A vorzunehmen, ohne jedoch, wie das von den Beamten und Gewerkschaften gefordert wird, die Zulagen sämtlich auf den Geh der Ortsklasse A zu bringen. Ein Finanzministerium ist man der Ansicht, daß entgegen der seit dem Monat Juni wieder angelegten Forderung mit Zulagenzulagen in Höhe von 1500 Mark ein Ausgleich geschaffen werden könne, und daß ein Lohnzuschlag in Höhe von 50 Pfennig für die Stunde für die Arbeiter als angemessen betrachtet werden könne. Diese Vorschläge wurden für die Beamten und Arbeiter also einer sehr geringen Aufbesserung gleichkommen.

Die Gewerkschaften und die genannten Beamtenverbände werden bemüht sein, Unterlagen zu bringen, die nicht nur eindeutig über die Fragestellungen der Beamtengehälter in der Vergangenheit begründen. Bei einem Vergleich der Gehälter der Beamten wird sich zeigen, daß die Lohnempfänger, die im Januar um 24 festgesetzt war, für den Monat Juli nur auf 100 festgesetzt wurde. Man ist jedoch der Ansicht, daß die kommenden Monate ein so starkes Ansteigen der Zulagen und so eine erhebliche Verringerung der Gehalts- und Lohnempfänger durch die steigenden Steuerlasten eintreten werden, daß die obenangeführten Vorschläge der Regierung schon in wenigen Wochen den Verhältnissen nicht mehr entsprechen würden.

Armen, sehr flehjam; aber man muß schöne Arme haben. Dazu große Florentiner mit langen, feinen, schwarzen Samtköpfchen und Rosen unterm Rand, und die Krinoline manen großdies und sehr herrlich. Und schließlich ein gebornenes Kind, hinter der die Federbüchse stand, da war ja das Heißt nicht allzu groß für die Kavaliere. Gab auch Kerle ausgestellt, nicht so wie du, aber auch mein gut Teil, und gestirbt haben wir und liegen und die Gour schneiden von den flotten Sultane, die damals hier lagen. Die hatten die schönsten Frauen und die schönsten Pferde, aber dein Großvater gefiel mir noch besser. Ich hab' mich zuerst in seinen Cou verliebt und dann in ihn, aber heiraten wollt ich eigentlich einen anderen: einen blonden Sultane, — na, es ist ja auch dann gut gegangen mit Ferron. Wir waren beide mit Liebe gefügt, hatten schon vorher allerlei erlebt, und meine Mutter sagte damals: „Du, du heiratet einen Ferron, verahst du sich. Das ist keine Lebensversicherung mit denen.“

Stole schaute auf. „So lagte schon deine Mutter. Und wie machtest du es denn, daß er dir treu blieb?“ „Ah, das war sehr einfach, ich lagte dafür, daß er wachsam blieb — und in dieser Stimmung hab' ich ihn erhalten, bis es nachher ruhiger zwischen uns wurde, und er einlad, daß er sich alles gefehlet hatte. Er war ein Tyrann; auf Reim machte er Personen, weil ich mir Hilfe unter den lieb von Fremden; mit einem ungarischen Kavallerieoffizier bekam er beinahe ein Duell, weil dieser mich auf dem Hofe nicht unterfing gemuffert hatte, no, und so weiter. Deine Mutter hätte das auch tun sollen, aber das hat sie nicht verstanden, die meinte, wenn man nur selbst wachsam ist und auf der Warte ist, dann ist's gut. Ja, bei einem Willkür ist das gut, aber bei einem Ferron nicht.“

„Und du meinst, daß sie daran schuld war, daß er sich das Leben nahm?“ „Nein, Kind, das will ich nicht begnügen sagen, aber etwas Schuld wird auch auf ihrer Seite sein, er ging nicht ohne Grund — aber lassen wir die alten Geschichten.“

„Es ist eine Krankheit, die kommt und vergeht. Vielleicht daß du recht Grobmann. Ein großes Glück erlöst

## Ein neues Geschenk an Frankreich

Die Schlußfeier der Finanzkonferenz.

Paris, 14. August.

Die Internationalen Finanzkonferenz hat in der letzten Nacht ihre Arbeiten beendet. Es wurde ein Dokument unterzeichnet, dem die Vertreter Frankreichs und Japans unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen zugestimmt haben. Dieses Dokument regelt zunächst die Verteilung der ersten von Deutschland gezahlten Milliarde, die zum Teil zur Bezahlung der englischen Besatzungskosten, zum Teil zur Bezahlung der belgischen Priorität bis zu der erforderlichen Höhe dienen soll. Belgien wird die Bezahlung seiner Priorität auf die bis zum 31. August 1922 fälligen deutschen Zahlungen stellen und verpflichtet sich, den Gegenwert der Zahlungen an die anderen Mächte vom 1. Juli 1921 ab im Prinzip nicht zu verlangen. Dadurch werden diejenigen Mächte, die von Deutschland Zahlungen erhalten, der Notwendigkeit überhoben, Rückzahlungen an die Stelle der Reparationskommission zu machen. Außerdem ist es möglich, von den deutschen Zahlungen bis zum August 1922 Verteilungen an die an den Reparationen interessierten verbleibenden Mächte vorzunehmen.

Die von Deutschland bis zum 31. August 1922 über Rotterdam und Antwerpen gelieferte Kohle, die bisher zum englischen Exportpreis tarifiert wurde, soll wie bereits mitgeteilt worden ist, zum deutschen Inlandspreis berechnet werden. Frankreich erhält dadurch einen Vorteil von 140 Millionen Goldmark durch das Abkommen. Wie „Globe“ mitteilt, läßt das Lieberinstitute weiter fest, daß der Wert der Saargruben, der festgestellten Höhe, Frankreich zur Zeit geschätzten wird, und zwar auf die Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen. Die Summe des Wertes dieser Gruben, wozu noch die von Deutschland bereits in Natura geleisteten Lieferungen kommen, wird, soweit er den Gesamtbetrag der von Frankreich zur Unterhaltung seiner Besatzungarmee aufzubringen Kosten übersteigt, Frankreich durch die Reparationskommission angerechnet werden, und zwar innerhalb der am 1. September 1922 beginnenden nächsten fünf Jahre. In dem Augenblick an, wo wahrscheinlich die folgende Priorität abgezahlt ist, und infolgedessen die Forderung des zu erwartenden Lieberinstitute bei den jährlich von Deutschland zu leistenden Zahlungen ohne Schwierigkeit erfolgen kann.

Nach dem „Temps“ soll die von der internationalen Finanzkonferenz angenommene Grundziffer der täglichen Kosten für einen Soldaten der Besatzungsarmee der bisherigen Saar für einen französischen Soldaten — ungefähr 16 Franken täglich — sein. Zu dieser Grundziffer kommt ein Zuschlag von 2 Goldmark für einen englischen Soldaten, und von 3 Goldmark für einen amerikanischen, wegen der Entfernung dieser beiden Armeen von ihren Heimatländern.

Ein Teil der Pariser Presse, vor allem die „Matin“, äußert starke Unzufriedenheit über die Ergebnisse der internationalen Finanzkonferenz und rüdel seitige Angriffe gegen England, das sich selbst die von Deutschland ausgelieferten Schiffe sehr niedrig, Frankreich aber die Saargruben relativ hoch anrechnen wollte. Nach dem „Matin“ werde die französische Regierung das Abkommen wahrscheinlich einer Nachprüfung unterziehen.

## Tagung in Genf

Die „Daily Mail“ veröffentlicht folgende Mitteilungen des Direktors des Informationsbüros des Völkerbundes James Borchers: Der Rat des Völkerbundes wird am 22. August in Genf tagen. Borchers wird während der Besprechung der verschiedenen Fragen einen Vertreter im Rote des Völkerbundes haben und Deutschland soll aufgeführt werden, während diese Zeit gewöhnlich Mitglied des Rates zu werden und ebenfalls einen Vertreter in der Rat zu entsenden.

Paris, 14. August.

Der diplomatische Vertreter des „Chicago Tribune“, Gordon Wales, glaubt zu wissen, daß Anfang September in London eine neue Tagung des Obersten Rates stattfinden werde. Was bisher wurden einige der eingeleiteten Maßnahmen zur Wiederherstellung bereit sein. Auf dieser Tagung werde die Durchführung der französischen Reparationen aus dem Abstrakt Düsselberg besprochen werden.

man nur einmal, und alles, was dann kommt, ist eine Wiederholung, behaftet von Erinnerungen. Aber zurückzuführen? Nein! Denn dann müßte ich alles wieder durchmachen.“ Sie schauderte.

Nein, nein — nie mehr das... Ich will leben, aber nicht unter dem Leben verleben. Wir werden einen Vertrag schließen, Herr von Waldgahn, vorher. Gestattet verachte solche Verträge. So lagte er mir ja damals, im Jörn, er schlüßerte es mir voller Bewachung zu, empört, daß ich nicht sterben wollte für das Vaterland. Rühmlich bin ich gestorben, dachte sie. Es ist nemma... Mein neues Leben soll sein wie ein Traum. Mama lächelt darüber, sie hält nichts von Träumen...

Das Duell zwischen Gestattel und Malgahn fand in der Nähe Berlins statt. Malgahn wurde sühner verurteilt. Die Zeitungen brochten die Nachricht unter den allgemeinen Deutschen Feinddruck, knapp und ohne Randbemerkungen. Nur das kleine Stobtblättchen hatte sich die Bemerkung erlaubt, daß die Urteile dieses Duells zwischen den beiden maligen Freunden eine Frau sein sollte...

Frau Abba ballte das Blatt, das ihr die Lordin'schen fanden, zusammen und warf es ins Feuer.

Aber das half nichts mehr, jetzt stand es in allen Blättern. Und der Name Gestattel wurde mit dem Namen genannt.

Wir werden ihn niemals los, diesen Schatten, sagte sie.

Frau Luzy schweig dazu. Sie betogte den Gedanken in ihrem großmütterlichen Herzen, daß sie sein gutes Omen sei für ihre Enkelin und war auf den Namen meiner Gestattel schlechter als sie zu brechen. Wäre nicht Statan nur damals nicht in das Regiment gekommen, dann hätte er ihre Tochter Johanna nie kennengelernt, und das Malgahn wäre nicht über sie gekommen.

Aber was nützte das jetzt? (Fortsetzung folgt)

## Rose Ferron

Roman von Lisbet Dill, Halle a. S.

(Kochbuch verboten.)

Großmama war zu Hause. Die grünen Jalousinen waren herabgelassen. In den großen, hohen Räumen mit den blauen Parkettböden, den marmornen Tischbecken und den vielen Gemälden an den Wänden, welche die verschiedenen Kapeten bedeckten, herrschte eine angenehme Atmosphäre, vom Duft frischer Blüten durchzogen, die in hohen, steifen Gläsern unterstanden.

Frau Luzy hob in ihrem Armiesel am Fenster und las, sie legte die Brille ab und warf Rose einen prüfenden Blick zu.

„Um? Ist er fort?“

„Ja, vor einer Stunde...“ Rose sog sich den kleinen seidenen niedrigen Hut herbei und legte sich der Großmutter gegenüber, die Hände überm Arne verdrückten, sah sie hinaus. Auf dem leeren, leeren, sandigen Kirchplatz lagen einige frischblüehende Platanenblätter, die hohen gelegten schweren Kirchtürme standen offen, ein altes Weiß kniete am Boden und leuchtete die Sandsteinfiguren der Treppe.

Sie dachte, es wird jemand Hochzeit haben und sie schmiden die Kirche. Sie werde nun auch bald Hochzeit haben, aber für mich wird keine Kirche geschmiedet werden, und sicher nicht diese... Wir werden ganz einfach getraut von Beamten, und machen das mit einem Pfarrer in fünf Minuten. In dem neuen Leben ist das eben so...

„Gestalt er dir immer noch? Wie die alte Dame.“

„Ja, Großmama. Ich habe ihn lieb.“

„Wie ist eine Krankheit?“

„Wie sein,“ sagte nachdenklich Rose. „Sollt du auch einmal daran glauben, Großmama.“

Die alte Frau lachte. „Das ist lebenswichtig und nein! Ach, die Jugend! Ich habe nicht immer so ausgehien wie heute; vor auch mal ledigen Jahre, man trug damals weiße Blüschchen, am La unter der Taille gebunden, mit Kur-



